

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

Nr. 2

November 2016

Jahrgang 45

Eine Riesenaufgabe steht uns bevor:

Das Niveau der gesetzlichen Rente muss stabilisiert werden!

"Die Rente muss stabilisiert und langfristig muss das Rentenniveau wieder deutlich erhöht werden. Das ist machbar, wir haben Vorschläge", so der Abteilungsleiter für Sozialpolitik beim DGB Baden-Württemberg, Jendrik Scholz bei einem Vortrag im Heidenheimer Gewerkschaftshaus. Vor der Riester-Zeit der 2000er Jahre betrug die Rentenhöhe ungefähr 53 Prozent vom Nettolohn (vor Steuern). Heute sind es noch 47,8 Prozent, im Jahr 2035 werden noch 44 Prozent vom Nettolohn erwartet. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Hartz 4 sind ursächlich. Die Altersarmut greift um sich.

Das alte Rentensystem hat sich bewährt

Um diesen Sinkflug zu beenden muss die paritätische umlagefinanzierte Rente gesichert und breiter ausgebaut werden, auch wenn die Beiträge moderat angehoben werden müssen. Die Spitzenverdiener, die Vermögenden, die Selbständigen, und die Freischaffenden sind in das Rentensystem einzubeziehen. Versicherungsfremde Leistungen sind einzustellen und die staatlichen Zuschüsse an die Rentenkassen müssen angepasst werden.

Auch Betriebsrente ist Privatisierung!

Eine Private Rentenvorsorge können sich die meisten Menschen nicht leisten und sie ist nur gut für Banken und Versicherungen, aber höchst riskant für die Anleger. Ministerin Nahles neigt dem Arbeitgeber Konzept, der Betriebsrente, als einem zusätzlichen Rentenbaustein zu und ermöglicht denen so die Flucht aus der paritätisch finanzierten Altersrente. Wohl wissend dass die Betriebsrente nicht von allen Arbeitgebern geleistet wird und dass die Betriebsrente staatliche Zuschüsse und steuerliche Erleichterung für die Unternehmer bedeutet.

Eine Rentengarantie kann hingegen nicht gewährt werden, eben so wenig eine jährliche Erhöhung. Zwei Drittel der Arbeitgeber erhöhen derzeit ihre Betriebsrenten überhaupt nicht.

"Kampf gegen Rentenkürzung ist Klassenkampf"

So begründet der DGB seine Kampagne für ein auskömmliches Leben im Alter.

Die Heidenheimer Gewerkschafter wollen im Wahljahr 2017 für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik kämpfen - gegen die Vernebelungstaktik von Ministerin Nahles.

Dieser Kampf muss auch in den Betrieben und auf der Strasse geführt werden.



Verschiedenes aus Betrieben

Arbeitszeit = Ausbeuterzeit

Die Arbeitszeit ist einer der entscheidenden Faktoren im Produktionsprozess, wie Karl Marx wissenschaftlich ermittelt hat. Denn mit menschlicher Arbeitskraft, oder immer weiter verfeinerten Technologien und Organisationsformen, lässt sich die Ausbeutung der Menschen durch Menschen, die im Besitz der Produktionsmittel sind, Private und Familien oder auch Banken und Aktionäre, begründen.

Mit der stufenweise vereinbarten Arbeitszeitverkürzung von der 40 auf die 35 Stundenwoche ab 1985-1995, bei vollem Lohnausgleich, wurden keine Arbeitsplätze vernichtet. Im Gegenteil. Dieser Prozess sicherte Arbeitsplätze.

Lohnverzicht in Form von Geld oder Lohnverzicht in Form von Zeit oder beides, bei gleichzeitigem Versprechen der Produktionsmittelbesitzer am Standort zu investieren, führt in doppelter Weise in die Irre.

Weniger Geld in der Haushaltskasse der Beschäftigten zum einen, und zum andern investiert der Produktionsmittelbesitzer damit in neue technologisch verbesserte Betriebsmittel und verdichtet dadurch die Arbeitsleistung des Einzelnen.

So finanziert jeder seine eigene Entlassung in der nächsten „Auftragskrise!“

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen ...

die derartige Zusammenhänge regeln, richten sich regelmässig gegen die Beschäftigten selbst.

Fast zwei Milliarden Überstunden, davon fast eine Milliarde **unbezahlte** Arbeitszeit, erfolgt nicht freiwillig. Immer steht die Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes daneben.

Aber immer ist die Unersättlichkeit nach Profit und die damit verbundene Macht der Unternehmer ihr wahrer Ausgangspunkt.

Geleistete Arbeit zuschlagspflichtig bezahlen

Der Kampf gegen Überstunden und um Arbeitszeitverkürzung ist ein Kampf um die zeitliche Begrenzung der Ausbeutung.



Statt der weiteren Ausdehnung und Flexibilisierung der Ausbeuterzeit, muss die Verkürzung auf eine 30 Stundenwoche kommen.

Kein Lohndumping, den Mindestlohn rauf auf mindestens 12,00 Euro

Leiharbeit und Werkverträge verbieten nicht modernisieren.

Geleistete Arbeit nach Tarif bezahlen.

Brasilianischer Urwald wird gerodet

Kein Problem für Voith, Siemens, Daimler und Münchener Rück

Voith Konzernchef Dr. Lienhard sagte in einem Interview in der HZ vom 20.04.2016: „Belo Monte ist ein gutes Projekt, das den Aufwand und auch die Umsiedlungen lohnt“. Doch genau das Gegenteil zeigt der Doku-Film „Countdown am Xingu -5“ von Martin Kessler.

Für Belo Monte wurden 40 000 Menschen zwangsumgesiedelt. Von den 30 000 Bauarbeitern wurden jetzt 20 000 entlassen. „Ohne Korruption wäre Belo Monte nicht gebaut worden“ sagt Bischof Kräutler.

Mit der Arbeitslosigkeit steigt die Kriminalität und die Armut. Was hierzulande von den Managern als „sauber“ gepriesen wird, ist dort schmutzige Realität: Bombastische Industrieanlagen, überflutete Dörfer, vertriebene Menschen. Der Urwald wird unter gewaltigem Baulärm gerodet, ganze Inseln werden versenkt. Bei Regen droht Überschwemmung. Vorbei die Zeit beschaulicher Sonnenuntergänge nach getaner Arbeit. Dazu Dr. Lienhard: „An Wasserkraft führt kein Weg vorbei“. Im brasilianischem Bundesstaat Rondonia lebt das indigene Volk der Surui. Ihr 250 000 Hektar grosses Territorium wird derzeit von gewaltbereiten Holzfällern sowie von Gold- und Diamantenschürfern heimgesucht. Jeden Tag verlassen 300 Lastwagen mit Tropenholz das Gebiet. Nach der brasilianischen Verfassung ist es illegal, ein indigenes Reservat zu roden. Trotz Hilfsappelle reagiert die brasilianische Regierung nicht.

DKP-Baden-Württemberg

Solidarität mit den Beschäftigten von General Electric

Am Standort Mannheim des US-Konzerns General Electric (GE) haben etwa 800 Beschäftigte gegen geplante Stellenstreichungen in der Turbinenherstellung protestiert. Von den 1800 Stellen sollen 1100 wegfallen.

In einem Schreiben an die kämpfende Belegschaft hat die DKP-Bezirksmitgliederversammlung ihre Solidarität bekundet: „Euer Widerstand gegen die kapitalistischen Grosskonzerne hat Vorbildfunktion für die Arbeiterklasse - weit über Mannheim hinaus...“ „Wir wünschen Euch Durchhaltevermögen und revolutionäre Klugheit in diesem Kampf.“

Vermischtes - Informationen - Meldungen

Bayer schluckt Monsanto

Ein grosses Monster hat sich ein kleineres einverleibt – so könnte man die Übernahme des Monsanto-Konzerns durch den Bayer-Konzern beschreiben.

60 Milliarden Dollar zahlt Bayer an die Monsanto-Aktionäre, um zum weltweit größten Akteur auf dem Saatgut- und Agrarchemie-Markt zu werden. Für viele ist das eine sehr schlechte Nachricht.

Der Artenreichtum wird weltweit abnehmen – der Konzern fördert eine Landwirtschaft, die mit ihren Pflanzen- und Insektengiften das Artensterben vergrössert. Auch die Zahl der Nutzpflanzenarten wird geringer – weltweit werden Landwirte abhängig von immer weniger Arten, für die sie das Saatgut geliefert bekommen.

Die Produktion von eigenem Saatgutes, die üblich war, wird durch Gesetze, Lizenzbestimmungen und biologische Methoden unterbunden. Der Konzern behauptet, er würde den Hunger in der Welt bekämpfen – das Gegenteil ist der Fall.

Auch auf die Beschäftigten der beiden Konzerne kommen schlechte Zeiten zu – das Geld für die Übernahme muss ja wieder hereingeholt werden.

Mit ihrer Arbeit haben die Arbeiter und Angestellten – *nicht die Manager* – die Milliardenwerte der Firmen geschaffen. Jetzt müssen sie auch noch den Kaufpreis erarbeiten, damit die Aktionäre weiter bedient werden können.

Personalabbau, Rationalisierung, mehr Arbeit für weniger Geld – das sind die üblichen Methoden nach solchen Betriebsübernahmen.

Übernommen: „Gießener Echo“ Okt. 2016 Gernot Linhart

Jedes Kind gleich viel wert

Als „un glaubliche Farce“ hat der Paritätische Wohlfahrtsverband die Koalitionspläne bezeichnet, den Kinderzuschlag für Geringverdiener um lediglich 10 Euro und das Kindergeld sogar nur um 2 Euro anzuheben. Es sei familien- und armutspolitisch nicht vermittelbar, dass Kinder von Spitzenverdienern auch weiterhin deutlich höher gefördert werden als Kinder von Normalverdienern und Hartz-IV-Bezieher beim Kindergeld sogar ganz leer ausgehen, kritisiert der Verband. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider, sprach von einer „halbherzigen Mini-Anpassung“.

Der Verband weist daraufhin, dass bereits heute die monatliche Nettoentlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge für Spitzenverdiener um rund 100 Euro höher liegt als das Kindergeld, das Normalverdiener erhalten.

Familien im Hartz-IV-Bezug gehen ganz leer aus, da das Kindergeld nach aktueller Rechtslage komplett auf den – nach Ansicht des Verbandes deutlich zu niedrigen und nicht bedarfsgerechten – Regelsatz angerechnet wird. „Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein“, so Schneider.

UZ Nr. 41 14.01.2016

6.548 Straftaten

Im 1. Halbjahr 2016 wurden bundesweit 6.548 Straftaten von Neonazis und anderen Rechten von der Polizei registriert. Davon waren 520 Gewalttaten, bei denen 399 Menschen verletzt wurden. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug die Zahlen 5.496 Straftaten, davon 342 Gewalttaten und 271 Verletzte.

Bei allen Delikten und auch bei der Zahl der Verletzten gab es also erneut Steigerungen.

Die Zahlen entstammen den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen aus der Linksfraktion.

Spende!

Wir benötigen deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!

Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 632 500 030 000 041 390 3

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte einsenden an: Wilhelm Benz, Schumannstr. 3, 89518 Heidenheim

OB Ilg zieht Gemeinderat am Nasenring durch „Klein Zürich“

Verdutzt sassen sie auf ihren Plätzen, die Damen und Herren Stadträtinnen und -räte. Ihr einstimmiger Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2015, den kommunalen Mietwohnungsbau endlich wieder als kommunale Kernaufgabe zu begreifen, soll Makulatur sein. Es ging dabei um die Sicherung der Wohnraumgrundversorgung für jene Teile der Bevölkerung die ihren Wohnungsbedarf nicht auf dem Markt decken können und deshalb auf den sozialen Mietwohnungsbau angewiesen sind.

Eine „Grosse Lösung für „Klein Zürich“ titelte die HZ. „Bravo Herr OB Ilg und Gemeinderat.

Eine sozialpolitische Entscheidung die von der DKP über Jahre verfolgt und gefordert wurde. Sämtlichen veröffentlichten HZ und HNP- Zwischeninformationen bis zur Gründung einer städtischen Wohnungsbau GmbH war klar: „Es gibt zukünftig einen kommunalen Mietwohnungsbau!“ Eine Entscheidung die viele Bürgerinnen und Bürger hoffnungsvoll stimmte, denn nicht nur Flüchtlinge, auch zahlreiche heidenheimer Bedürftige gibt es, die bezahlbaren Wohnraum dringend nachfragen. Sie alle wurden getäuscht. Eine „Grosse Lösung für „Klein Zürich“, war das Versprechen von OB Ilg und Gemeinderat.

Mit einem neuen Beschluss vom 29.09.2016, der alte wurde nicht aufgehoben, drehte OB Ilg den Gemeinderat in die entgegen gesetzte Richtung.

Wie am Nasenring gezogen folgte der Gemeinderat seinem Hirten. Ohne Kenntnis der sozialen Lage vieler Heidenheimer Bürgerinnen, denn - was ich nicht weis, macht mich nicht heiss -, folgte die „Herde“ ihrer Leitfigur.

Das persönliche Propaganda- und „Leuchtturm“-Gebaren des OB Ilg verschliesst den Blick für das Notwendige. OB Ilg fällt zurück in die Feststellung, dass er derzeit die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus nicht als städtische Aufgabe ansieht. Die Umbenennung der Naturtheater GmbH in eine Wohnungsbau GmbH als eine sogenannte Vorratsgesellschaft, falls wir einmal Wohnungsnot haben sollten, wurde beschlossen.

Der Freie-Wähler-Chef und Immobilienhändler Grath: „Der Wohnungsmarkt hat sich in Heidenheim bisher selbst geregelt, es ist kein Notstand feststellbar“. Immobilien-Rat Grath will es einfach mal laufen lassen. OB Ilg will hier mal ein Abenteuer wagen. Selbst er machte keinen Hehl daraus, das etwas schief gehen könnte.

Mit allen den billigen und peinlichen Floskeln von OB Ilg und verschiedenen Gemeinderäten, wurde ein soziales Projekt gestürzt.

Allein DKP Stadtrat Reinhard Püschel, stimmte gegen die politischen Abenteuer aus der Verwaltung. Nur er stand zu seiner Entscheidung vom 17.12.2015.

Wann wird endlich die Gewerbesteuer erhöht?

Fragt sich die DKP-Heidenheim, denn seit 20 Jahren ist die Gewerbesteuer unverändert niedrig geblieben.

Anders bei den Kindergartenbeiträgen. Die werden jedes Jahr erhoben. Das empfindet DKP-Stadtrat Reinhard Püschel als ungerecht.

Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden um ihre Aufgaben zu bewältigen.

Gerade mal 30 Prozent der Gewerbebetriebe zahlen noch diese Steuer. Es sind die großen Heidenheimer Betriebe. Zu den „500 reichsten Deutschen“ zählt die Familie Schleicher, denen die Firmen Schwenk-Zement und Paul Hartmann AG gehören. Fam. Schleicher hat ein Vermögen von 2,7 Milliarden Euro. Auch die Firma Voith steht mit einem Vermögen von 2,2 Milliarden Euro gut da. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würden diese Firmen gar nicht bemerken.

Armutsbericht muss her!

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Laut einem Armutsbericht leben in Baden-Württemberg 1,6 Millionen Menschen, oder 15 Prozent der Bevölkerung, in Armut. Auch die Bertelsmann-Stiftung kommt in ihrem Bericht zu der Erkenntnis, dass in Deutschland fast 2 Millionen Kinder in Armut aufwachsen.

Wie sieht es in unserer Stadt aus, fragten sich die DKP-Mitglieder bei ihrer Versammlung?

Stadtrat Reinhard Püschel stellte daraufhin wieder einen Antrag, dass sich die Stadt und der Gemeinderat mit dem Thema befassen sollte. „Das Recht auf menschenwürdiges Leben ist ein Grundrecht“, so Püschel.

Rathaus Oggenhausen

Modernisierung der Toilettenanlage

Die Toiletten sind alt und unansehnlich. Der Ortschaftsrat von Oggenhausen wünscht sich daher, dass diese Toiletten endlich modernisiert werden. DKP-Stadtrat Püschel unterstützt diesen Wunsch und stellte einen schriftlichen Antrag an den Gemeinderat, damit die Toiletten endlich in Ordnung gebracht werden.

Ebenso unterstützt Püschel den Antrag, im Wohngebiet Halde West, Halde Ost, Stauferfeld eine neue Bushaltestelle zu schaffen.